Tages Thema

Die Corona-Krise

Wegen der knapper werdenden Beatmungsplätze auf den Intensivstationen warnt die Deutsche Stiftung Patientenschutz davor, die Behandlung von Covid-19-Erkrankten von deren Überlebenschancen abhängig zu machen. Foto: dpa

Zwischen Leben und Tod

Die Situation auf den Intensivstationen spitzt sich zu – Können noch alle Covid-19-Patienten versorgt werden?

Die seit Wochen anhaltend hohen Zahlen von Patienten, die mit dem Coronavirus infiziert sind, sorgen für Probleme auf den Intensivstationen. Bundesweit sind aktuell noch 17 Prozent der Intensivbetten frei, wie aus der Auswertung des Divi-Intensivregisters hervorgeht. Dabei sind die Unterschiede zwischen den Ländern groß. In Schleswig-Holstein sind mehr als 26 Prozent der Betten frei, in Berlin und Hessen sind es dagegen nur noch 11 Prozent. Auch in Nordrhein-Westfalen ist die Belastung überdurchschnittlich: Hier sind nur noch 14,9 Prozent der Betten frei.

In Rheinland-Pfalz mussten innerhalb eines Tages 30 an Covid-19 erkrankte Menschen ins Krankenhaus gebracht werden. Von 179 Covid-19-Patienten, die aktuell auf Intensivstationen behandelt werden, müssen 112 beatmet werden. 919 von 1209 Intensivbetten sind belegt, die freie Kapazität beträgt knapp 24 Prozent.

Meldungen, wonach ein Krankenhaus in Sachsen offenbar schon auf die gefürchtete Triage zurückgreifen musste, haben eine politische Diskussion über die rechtlichen Grundlagen ausgelöst. Der Begriff bedeutet, dass Mediziner aufgrund knapper Ressourcen entscheiden müssen, wem sie zuerst helfen. Behindertenverbände hatten beklagt, dass Menschen mit Behinderung benachteiligt werden könnten. Sie forderten eine Befassung des Bundestages mit dem Thema. Weltärztepräsident Frank Ulrich Montgomery hatte der Politik vorgeworfen, die Ärzte mit der Triage-Entscheidung im Stich gelassen zu haben.

Nun schaltete sich Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD) ein. „Wie und mit welchen intensivmedizinischen Maßnahmen Patientinnen und Patienten behandelt werden, ist eine ärztliche Entscheidung im Einzelfall, die allein nach medizinischen Kriterien getroffen werden kann“, sagte sie unserer Zeitung. Die medizinischen Fachgesellschaften und der Deutsche Ethikrat hätten Empfehlungen ausgesprochen, an denen sich Ärztinnen und Ärzte bei einer großen Zahl von Corona-Patienten in den Kliniken orientieren könnten. „Das Bundesverfassungsgericht hat klargestellt, dass jedes Leben gleich schützenswert ist, und dass es nicht gegen ein anderes Leben abgewogen werden darf“, fügte Lambrecht hinzu. Auch der Ethikrat habe ausgeführt, dass die Garantie der Menschenwürde es dem Staat verbiete, in akuten Krisensituationen nach Überlebenschancen und Sterberisiken zu unterscheiden. Lambrecht: „Wenn Ärzte in einer solchen Extremsituation eine Entscheidung treffen müssen, darf von ihnen nichts Unmögliches verlangt werden. Es ist unter Juristen ganz herrschende Auffassung, dass strafrechtliche Sanktionen ausscheiden, wenn Ärzte in diesen kritischen Entscheidungssituationen aus nachvollziehbaren medizinischen Gründen handeln.“ Jeder Erkrankte solle die bestmögliche medizinische Behandlung erhalten. „Darum geht es bei allen Einschränkungen und Maßnahmen, die wir ergreifen mussten“, unterstrich Lambrecht.

Der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach lehnt eine Befassung des Parlaments mit der Triage ab. „Es wäre völlig abwegig, den Bundestag über Triage-Regeln entscheiden zu lassen. Alle deutschen Krankenhäuser haben funktionierende Triage-Pläne und können das für sich am besten organisieren“, betonte er. Nicht jedes Triage-System passe für jede Klinik. „Die Überlastung einzelner Intensivstationen ist am besten dadurch zu vermeiden, dass man Patienten in andere Häuser verlegt. Das passiert bereits“, sagte er. Von einer drohenden Triage in mehreren Regionen sei man weit entfernt.

Doch die Uniklinik Heidelberg schließt wegen der vielen Covid-19-Patienten eine Triage nicht mehr aus, wie der leitende Ärztliche Direktor der Uniklinik, Ingo Autenrieth, erklärte: „Eine Triage hatten wir noch nicht, das kann aber auch auf uns zukommen. Wir sind darauf eingestellt.“ Er fügte hinzu: „So eine Situation haben wir in den vergangenen 50, 60 Jahren weder in Heidelberg noch sonst wo in Deutschland erlebt.“

Auch das Berliner Universitätsklinikum Charité zieht die Notbremse und schränkt den Betrieb abseits der Intensiv- und Isolierstationen ab Montag deutlich ein. „Während wir bislang mit eher mäßigen Einschränkungen der klinischen Versorgung ausgekommen sind, müssen wir nun zunächst in den kommenden 14 Tagen unsere Aktivitäten auf ein reines Notfallprogramm reduzieren“, teilte der Vorstand Krankenversorgung, Ulrich Frei, mit. „Wir befinden uns nach wie vor in einer ungewöhnlich schweren Krise, wie wir sie noch nicht erlebt haben. Wir haben noch schwere Wochen vor uns.“ Zunächst soll es keine planbaren Eingriffe mehr geben. Notfälle werden aber weiterhin behandelt, ebenso werden Tumoroperationen durchgeführt. *jdr, dpa*

Unsere Zeitung hat bereits im März während der ersten Infektionswelle mit Prof. Norbert Paul vom Universitätsklinikum Mainz über die Triage gesprochen. Das Interview finden Sie unter **ku-rz.de/triage**

Eine Klinik im Westerwald muss schließen, weil fast 50 Mitarbeiter mit Sars-CoV-2 infiziert sind

Der Betriebsteil Selters des Krankenhauses Dierdorf-Selters (KHDS) kann erneut keine Patienten mehr aufnehmen. Der Grund sind 46 positiv auf das Coronavirus getestete Mitarbeiter. Das hat am Donnerstagmorgen der Ärztliche Direktor Dr. Reinhold Ostwald unserer Zeitung mitgeteilt. Da zusätzlich zu den Viruspositiven weitere Mitarbeiter in Quarantäne sind, könne ohne einen Aufnahmestopp die Versorgung der Patienten nicht mehr gewährleistet werden. In enger Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt Montabaur und mit den Ergebnissen der jüngsten Begehung würden laufend Maßnahmen evaluiert, so der Ärztliche Direktor. „Die Situation ist und bleibt deutlich angespannt. Wir erleben täglich Patienten, die schwer erkrankt sind, und die Kapazitäten der Krankenhäuser dürfen nicht ausgereizt werden – auch im Hinblick auf die kommenden Monate“, betont Dr. Reinhold Ostwald.
Zu den Patienten in Selters gehörten am Donnerstag auch sieben Personen, die wegen Covid-19 behandelt werden. Von diesen liegt aber nur einer auf der Intensivstation. Beatmet werden muss derzeit keiner der Covid-Kranken. Insgesamt hat die Klinik in Selters bisher 46 Covid-Kranke behandelt.

Noch frei von Corona ist nach aktuellem Stand der Dierdorfer Betriebsteil. „Um auch weiterhin Notfälle und lebensbedrohliche Erkrankungen uneingeschränkt behandeln zu können, wurden Strukturen geschaffen, die die chirurgischen Fächer in Dierdorf räumlich von der Behandlung der Covid-Patienten in Selters ganz deutlich trennen“, erläutert Ostwald. „Im KHDS werden alle stationären Patienten getestet, bei Infektionsverdachtsfällen wird sofort ein PCR-Test durchgeführt. Zusätzlich zu diesem Vollscreening sind regelmäßige Reihentestungen der Mitarbeiter etabliert, besonders engmaschig werden Mitarbeiter in der Behandlung von Covid-19-Patienten getestet.“ Der Arzt ruft dazu auf, sich bei schweren Erkrankungen nicht von Corona davon abschrecken zu lassen, zur Behandlung ins Krankenhaus zu kommen.

Sachsen will keine Region abriegeln

Ministerpräsident Kretschmer warnt vor Corona-Hysterie – Doch vorerst steigen die Infektionszahlen im Land weiter

In Sachsen steht ein Abriegeln von Orten mit hohen Corona-Infektionszahlen nach Darstellung der Landesregierung derzeit nicht zur Debatte. Das stellte Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) am Rand der Landtagssitzung klar. Sachsen hat früher als andere entschieden, das Land runterzufahren. Man will jetzt erst einmal die Wirksamkeit der Maßnahmen abwarten.

„Zehn bis 14 Tage braucht es, bevor man etwas ganz Konkretes sieht. Vorher ist mit keinen weiteren Einschränkungen zu rechnen“, betonte Kretschmer. Die Regierung habe über Pläne und Notwendigkeiten stets offen und transparent gesprochen. „Es gibt in diesem Land keine Ad-hoc-Maßnahmen.“

Bisher ist allerdings noch keine Trendwende bei den Neuinfektionen zu erkennen. Laut Gesundheitsministerium in Dresden kletterte die Sieben-Tages-Inzidenz, also der Wert an Neuinfektionen auf 100 000 Einwohner binnen einer Woche, am Donnerstag auf 415. Am Mittwoch lag der Wert noch bei 407. Sachsen liegt damit weiter mit deutlichem Abstand vor allen anderen Bundesländern.

Der Regierungschef äußerte die Hoffnung, dass eine Stabilisierung der Zahlen mit den jetzigen Instrumenten gelingt. „Die Zahl der Kontakte durch den Lockdown hat sich massiv reduziert.“ Wenn sich die Bevölkerung über Weihnachten und Silvester hinweg an die Regeln hält, werde das zu einem niedrigeren Infektionsgeschehen führen. Ein besonderes Augenmerk liegt auf den Pflegeheimen.

Zugleich warnte Kretschmer vor Panikmache in einer ernsten Situation: „Gerade in einer solchen Zeit ist nichts gewonnen mit Hektik oder Hysterie. Gerade in dieser Zeit braucht es entschlossenes, aber eben sehr ruhiges und überlegtes Handeln.“ Die sächsische Regierung leiste das.

In Sachsen sind die Infektionszahlen dramatisch gestiegen. Deshalb gelten in dem Bundesland schon länger harte Einschränkungen. Foto: dpa

Der CDU-Politiker ging auch nochmals auf eine Schlagzeile ein, nach der ein Arzt aus Zittau mit Äußerungen über eine Triage für Aufsehen gesorgt hatte. Der Begriff bedeutet, dass Mediziner aufgrund von knappen Ressourcen entscheiden müssen, wem sie zuerst helfen. Die Ärzte dort hätten mit Menschen diskutiert, die in der gleichen Region leben, aber nicht akzeptieren, wie die Situation in den Krankenhäusern ist, sagte Kretschmer. Da sei in der Wortwahl zu heftig argumentiert worden: „In Zittau, in Sachsen, in Deutschland wird in dieser Zeit nach klaren ethischen und medizinrechtlichen Standards gearbeitet. Es gibt keine Sonderkriterien für Covid-19.“

Laut Kretschmer hat die Regierung aber inzwischen auf den „Weckruf“ aus Zittau reagiert und Hilfe organisiert. So würden Soldaten der Bundeswehr auch über den Jahreswechsel in Zittau helfen. Gesundheitsministerin Petra Köpping (SPD) sei es gelungen, weitere Bettenkapazitäten in Krankenhäusern und Reha-Einrichtungen zu organisieren. Es gebe ein hohes Maß an Solidarität im medizinischen Bereich unter den Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten, hob Kretschmer hervor.

Köpping zufolge rechnet auch Sachsen ab dem 27. Dezember mit ersten Schutzimpfungen. Zuerst würden mobile Teams in den Pflegeheimen impfen. Mit den Heimen stehe man bereits in engem Kontakt, es würden Listen von Freiwilligen erstellt. Erst in der zweiten Stufe könnten Menschen geimpft werden, die zu Hause wohnen. Es werde eine bundesweit gesteuerte Impfkampagne geben.

Nach den Worten von Klaus Heckemann, Vorstandsvorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen, werden am Jahresende deutlich mehr Arztpraxen geöffnet haben als sonst. Kretschmer, Köpping und Heckemann wandten sich an die niedergelassenen Ärzte, die medizinische Versorgung zwischen den Festtagen abzusichern, um eine weitere Belastung von Notaufnahmen in Kliniken zu vermeiden. Sie warben dafür, Covid-19-Patienten in vertretbaren Fällen ambulant zu versorgen.

wibawaru